

Bern, 19. Dezember 2019

An ausgewählte Medien
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Die ordentliche schweizerische Herbstversammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parole für die eidgenössischen Abstimmungen vom 09. Februar 2020 beschlossen:

Nein zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung):

Bisher wurden lediglich die Diskriminierung und der Aufruf zu Hass aufgrund der Rasse, Ethnie oder Religion strafrechtlich verfolgt. Mit dieser Gesetzesänderung will man jedoch die Rassismus-Strafnorm auf die sexuelle Orientierung ausweiten, was einer vollumfänglichen Zweckentfremdung gleichkommt. Ethnische und religiöse Zugehörigkeit lassen sich bekanntlich in keinsten Weise mit Homosexualität vergleichen. Sicherlich ist in einer modernen Gesellschaft der Diskriminierungsschutz gegenüber Schwulen und Lesben selbstverständlich wie auch notwendig. Bei der Rassismus-Strafnorm muss man aber allgemein von einer Fehlkonstruktion sprechen. Wird jemand beispielsweise mittels Kraftausdrücken persönlich angegriffen, so liegt eine Ehrverletzung vor. Diese wiegt nicht schwerer, wenn sich die Beleidigung auf die Ethnie oder die sexuelle Orientierung bezieht. Dennoch entsteht durch das Antirassismugesetz eine strafrechtliche Verfolgung „von Amtes wegen“ (Offizialdelikt). Daher handelt es sich bei dieser Strafnorm um „Gesinnungsrecht“. Tatsächlich können die zuständigen Behörden politische Aussagen genauso als diskriminierend einstufen. Die ursprüngliche Umsetzung des Antirassismugesetzes hatte ebenfalls die Schaffung der sogenannten Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) zur Folge. In deren Zeitschrift werden Parteien wie die Schweizer Demokraten (SD) sowie auch herkömmliche Bürger regelmässig des Rassismus bezichtigt. Der „neutrale“ Staat betreibt also mit Steuergeldern Politik. Für die SD hat in diesem Fall die Demokratie ausgedient, zumal die Rassismus-Strafnorm die freie Meinungsäusserung verunmöglicht. Letztlich können sich sowohl Menschen mit Migrationshintergrund als auch Homosexuelle im Rahmen der anderen bestehenden Gesetze erfolgreich zur Wehr setzen. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Herbstversammlung der SD Schweiz